

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

ersch. jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mark (ohne Postgeb.). Zu beziehen durch jede Postanstalt. • Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Zur Sozialisierung des Baugewerbes Selbsthilfe durch Bau-Produktiv-Genossenschaften

Seit Jahr und Tag steht die Sozialisierung des Baugewerbes zur öffentlichen Debatte. In engstem Zusammenhang damit steht die seit dem Vorjahr in breiterem Maß gefommene Bewegung zur Schaffung von Bau-Produktiv-Genossenschaften. Es verbreitet Klarheit über den weiteren Weg, wenn wir über Stand und Aussichten der Sozialisierungspläne im Baugewerbe einige Feststellungen machen, die zwar nur Streiflichter sind, aber doch im wesentlichen das Gesamtbild zutreffend wiedergeben.

Zunächst ist festzustellen, daß seitens der Sozialdemokratie für die praktische Durchführung der Sozialisierung des Baugewerbes ebensowenig ein klares Aktionsprogramm vorgelegen hat, wie für die Sozialisierung überhaupt. Diesen Mangel empfand offenbar auch Karl Kautsky, der anerkannte Parteitheoretiker der Sozialdemokratie, heute bei den Unabhängigen, als er im Februar 1919 „Richtlinien für ein sozialistisches Aktionsprogramm“ aufstellte. In diesen Richtlinien führt Kautsky zur Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens, die er unter der bezeichnenden Überschrift „Kommunalisierung“ behandelt, aus: „Endlich fällt es der Gemeinde zu, die Herstellung der Wohnungen zu sozialisieren, gesittete und billige Wohnungen für die Massen herzustellen und zu verwalten. Es wird von lokalen Verwaltungen, namentlich von der Kreis- und Organisations der Arbeiter abhängen, auf welchem Wege sie dabei die besten Resultate erzielt, ob sie sich privater Bauunternehmer (1) bedienen muß, denen sie ihre Bedingungen, namentlich in Bezug auf die Arbeiterverhältnisse, auferlegt, ob sie in eigener Regie baut, oder ob sie den Versuch macht, ihre Bauten nach ihren Plänen und ihrer Leitung durch die Organisation der Bauarbeiter herstellen zu lassen.“ Offenbar hat Kautsky das Gefühl gehabt, daß er sich da an eine Sache heranwagt, die nicht vorsichtig genug angefaßt werden könne. Aber daß er sogar dem privaten Bauunternehmer eine Rolle in seinem Sozialisierungsprogramm zuweist —, ist das wirklich noch sozialistisch gedacht?

Das Verdienst, die Auseinandersetzungen über die Sozialisierung des Baugewerbes aus dem Stand unfruchtbarer Theoretikerei herausgehoben zu haben, gebührt mit in erster Linie dem Schöneberger Stadtbaurat Dr. Ing. Wagner. Weiter hervorgetreten sind in diesen Auseinandersetzungen, um nur einige Namen zu nennen, Ingenieur Becker, der Leiter der genossenschaftlichen „Wauhütte“, Berlin, Stadtbaurat Elkart-Spandau und in Westdeutschland Architekt Beckmann-Warmen. Dr. Wagner hat ein vollständiges Programm für die Sozialisierung des Baugewerbes aufgestellt, das in der Hauptsache die Grundlage der bisherigen Auseinandersetzungen gebildet hat. Wesentlich daran ist, daß Dr. Wagner für die Sozialisierung der Baubetriebe sowohl die Form der Verstaatlichung wie auch die der Kommunalisierung als ungeeignet ablehnt. Nach seiner Ansicht kann den besonderen Eigenarten des Baubetriebes nur ein sozialistischer Individualbetrieb (Einzelbetrieb) gerecht werden. Gegen den Regiebetrieb der Gemeinden macht Stadtbaurat Elkart den gewichtigen Einwand geltend, es sei ausgeschlossen, daß durch den Regiebetrieb eine Besserstellung der Arbeiter erreicht werden könnte. Über auch über den Weg zur Sozialisierung der Einzelbetriebe besteht keineswegs Einmütigkeit der Meinungen. Ingenieur Becker hält es nicht für angängig, bestehende Baubetriebe zu sozialisieren. Es sei besser, so meint er, eine sozialistische neue Baugesellschaft als Musterbetrieb zu gründen und die Arbeiter gemäß ihrem Lohn am Ertrag zu beteiligen. Aber nicht nur in der angeführten Punkte gehen die Meinungen auseinander.

ander. Vorläufig ist auch unter den sonst Wohlwollenden der Streit noch keineswegs entschieden, ob das Baugewerbe reif sei für die Sozialisierung, ja, ob es auf Grund seiner Eigenart überhaupt für eine solche in Frage kommen könne. Läßt man sich nicht von Illusionen, sondern von der nackten Wirklichkeit leiten, so wird man zusammenschauend feststellen müssen, daß die Ueberführung des Baugewerbes in Gemeinwirtschaft noch in ziemlicher Ferne zu liegen scheint.

Auf der anderen Seite bleiben zwei Tatsachen bestehen: Einmal der bei den Arbeitern ziemlich allgemein vorhandene Widerwille, die Arbeitskraft weiter in den Dienst des privatkapitalistischen Unternehmers zu stellen. „Dem Bau von Wohnungen durch einen Unternehmer“, so stellt Dr. Wagner fest, „steht heute bereits der erste Schwierigkeiten entgegen. Die große Masse der Arbeiter ist es müde, heute noch für einen privaten Unternehmer arbeiten zu müssen. Sie sehen in ihm mit Recht oder mit Unrecht den Ausbeuter ihrer Arbeitskraft, und sehen ihm daher von vornherein einen gewissen passiven Widerstand entgegen, der sich fast überall in einer gereizten Streikstimmung und in einer starken Minderleistung der Arbeitskraft bemerkbar macht.“ Zum anderen hat unser Wohnungselend einen Tiefstand erreicht, der kaum noch unterboten werden kann. Die Wohnungsbautätigkeit ist durch die ungeheure Verteuerung der Baukosten fast völlig gehindert. Eine Erstellung von Wohnungen durch das private Baugewerbe wäre nur möglich, wenn Reich, Staat und Gemeinden hohe Zuschüsse leisteten, für deren wirtschaftliche Verwendung aber das private Unternehmertum keine ausreichende Gewähr bietet, ganz abgesehen davon, daß diese Zuschüsse dauernd gar nicht aufgebracht werden können. Ein anderer Weg, den Wohnungsbau rentabel zu gestalten, wäre der, die Wohnungsmieten den Baukosten anzupassen. Ein solcher Weg ist erst recht nicht gangbar, schon deshalb nicht, weil dann die Mietpreise der alten, billig erstellten Häuser sich sofort den Mieten der neuerstellten Wohnungen anpassen, d. h. sich um das Mehrfache erhöhen würden. Was also notwendig ist größtmögliche Verbilligung der Wohnungsbautätigkeit. Sie kann, neben einer entsprechenden Regelung des Baustoffmarktes, nur erzielt werden durch höchstmögliche Wirtschaftlichkeit des Baubetriebes, und dazu gehört vor allem, daß der Bauarbeiter seine volle Arbeitskraft wieder gern und freudig hergibt. Das private Baugewerbe hat bisher nicht gezeigt, daß es der hier angeordneten Schwierigkeiten Herr zu werden vermöchte, sie liegen ja eben zum erheblichen Teil in seiner privatkapitalistischen Struktur begründet. Hinwegkommen müssen wir aber über diese Mängel, wenn nicht, und schon zwar bald, eine Katastrophe eintreten soll. In solcher Lage muß jeder Ausweg, der einen gewissen Erfolg verspricht, dankbar begrüßt und begangen werden.

Ein solcher Ausweg bietet sich uns in der Selbsthilfe der Arbeiter. Das Mittel zu dieser Selbsthilfe ist gegeben in den Bau-Produktiv-Genossenschaften. Eine erschöpfende Behandlung des Gegenstandes ist in diesem Zusammenhange natürlich nicht möglich. Nach der grundsätzlichen Seite sei für heute folgendes gesagt:

Zunächst muß man davor warnen, die Erwartungen in Bezug auf die Wirkungen der Bau-Produktiv-Genossenschaften zu überspannen. Weder wird auf dem Wege über die Bau-Produktiv-Genossenschaften, sozusagen schmerzlos, die Sozialisierung des Baugewerbes herbeigeführt, noch eine sofortige und durchschlagende Besserung der Wohnungsnot bewirkt werden können. Nichtsdestoweniger werden sie nach beiden Richtungen hin wertvollste Dienste leisten können, und deshalb haben auch wir christlichen Bauarbeiter die Pflicht, unsere Kräfte an der neuen Aufgabe zu erproben. Die Bedeutung der Bau-Produktiv-Genossenschaften sehen wir vor allem darin, daß sie die Aufgabe von sozialisierten Lehr- und Musterbetrieben zu erfüllen haben. Dabei wird von der Erkenntnis auszugehen sein, daß, wie im Leben allgemein

so auch hier nur das Bessere Aussicht hat, sich durchzusetzen. Darauf kommt es an, zu zeigen, daß die Genossenschaftsbetriebe nicht nur das Bessere, sondern Besseres leisten können, wie die privaten Baubetriebe. Von gut, d. h. mit bester Sachkunde geleiteten Genossenschaftsbetrieben versprechen wir uns dann vor allem die volkswirtschaftliche Wirkung, daß sie einen preisregulierenden Einfluß auf die privatkapitalistisch organisierten Betriebe ausüben. Ein Genossenschaftsbetrieb, das seine Aufgabe in diesem Sinne betätigt, hat nicht nur seine volkswirtschaftliche, sondern auch eine tiefe sittliche Berechtigung.

Dem Bauarbeiter bringt der Genossenschaftsbetrieb die Beseitigung des Abhängigkeitsverhältnisses zum Unternehmer. Der Ertrag der Arbeit kommt nicht mehr dem Unternehmer, sondern den Genossen und, in Form der verbilligten Produktion, der Allgemeinheit zugute. Damit sind die Hemmungen gefallen, die bislang den Arbeiter an der vollen Ausnutzung seiner Arbeitskraft gehindert haben. Er kann jetzt wieder schaffen mit der Lust am eigenen Werk, was die Verunsichertheit stärkt, die Arbeitsleistung steigern muß.

Wenn von den Gegnern der Genossenschaftsidee die Schaffung von Bau-Produktiv-Genossenschaften als sozialistisches Experiment verkehrt und ihnen im voraus jede Lebensfähigkeit abgesprochen wird, so darf man darauf hinweisen, daß der Gedanke der Produktiv-Genossenschaften im Baugewerbe nicht neu-sozialistisch, sondern uralt-christlich ist. Schon im frühen Mittelalter war, worauf auch Dr. Wagner verweist, der Baubetrieb auf dem Genossenschaftsprinzip aufgebaut. Unter der Leitung eines Pösters (Klostermönch) gründeten 10 bis 12 Brüder eine „Wauhütte“. Die Bauleitung lag in den Händen eines höheren Geistlichen, der den Titel „Hüttenmeister“ hatte. Die herrlichen Dombauten wurden von „Baubrüderschäften“ errichtet. Auch nach der Umwandlung der kirchlichen Baubrüderschäften in Zunftorganisationen blieb der sozialistische Charakter noch lange gewahrt. Im Zunftbetriebe standen Meister und Geselle sich in Lohn, Achtung und Ansehen fast gleich; erst später wurde der sogenannte Meistergroßchen eingeführt. Erst mit der Einführung der Gewerbefreiheit verloren die Baubetriebe unter dem wachsenden Einfluß der kapitalistischen Wirtschaft ihren sozialistischen Charakter. Was allerdings an dem mittelalterlichen Genossenschafts- und Zunftbetriebe meistens nicht genügend hervorgehoben wird, aber von geradezu durchschlagender Bedeutung für den von ihm verwirklichten Sozialismus gewesen ist, das war die allesdurchdringende Religiosität, die die Menschen und Einrichtungen des Mittelalters in seiner Blütezeit auszeichnete. Diese mittelalterliche Gemeinschaftsarbeit war in ihren Triebkräften und in ihrem Erfolg nichts weiter wie die Anstrengung des alten christlichen Ideals: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.“ Welche Lehren daraus für die Gegenwart zu ziehen sind, hat unsere Bewegung dadurch ausgedrückt, daß sie für einen christlichen Sozialismus eintritt.

Nun darf man freilich nicht übersehen, daß sich Bau-Produktiv-Genossenschaften nicht überall einführen lassen. Vorbedingungen für das Gelingen einer Genossenschaft sind vor allem, daß 1. zur Gründung ideal veranlagte Kollegen vorhanden sind, 2. der richtige Mann an der Spitze steht und 3. auch sofort Aufträge vorhanden sind. Als Auftraggeber kommen zunächst gemeinnützige Bau- und Städtungs-gesellschaften sowie staatliche und kommunale Behörden in Betracht. Vor der Gründung von Genossenschaften, die ihre Auftraggeber ausschließlich oder überwiegend unter den Privaten suchen müßten, kann man unter den heutigen Verhältnissen nur dringend warnen. Auch müssen die Ziele einer Genossenschaft von vornherein klar abgesteckt werden. Für den Anfang sollte man sich darauf beschränken, eine Arbeitsgenossenschaft zu sein, d. h. die Genossenschaft führt lediglich Arbeiten aus, während die Lieferung der Baustoffe und Geräte der Auf-

Wirtschaftlicher Baubetrieb

Am 17. April fand die erste ordentliche Mitglieder- versammlung der „Forschungsgesellschaft für wirtschaftlichen Baubetrieb“ statt.

Die Gesellschaft verfolgt den Zweck, die Arbeitsvor- gänge im Bauwesen auf ihre Wirtschaftlichkeit hin wissen- schaftlich zu untersuchen und alle Bestrebungen zu fördern, die geeignet sind, den Baubetrieb wirtschaftlicher zu ge- stalten.

Der Vorsitzende, Prof. Dr. Giese, stellvertretender Verbandsdirektor des Verbandes Groß-Berlin, konnte mit Genugtuung darauf hinweisen, wie sich die Erkenntnis von der Wichtigkeit der im Gesellschaftszweck liegenden Arbeiten immer mehr Bahn bricht. Die Zusammenfügung des die Gesellschaft führenden Organs legt hierzu ein bereites Zeugnis ab. In ihm sind sowohl Hoch- und Tiefbauorganisationen, wissenschaftliche und technische Ver- eine, als auch Behörden, Arbeitgeber- und Arbeitnehmer- verbände vertreten. Die Gemeinnützigkeit der Gesellschaft hat ihre nach außen wirkende Anerkennung dadurch er- halten, daß Herr Unterstaatssekretär Schmidt, Staatskom- missar für das Wohnungswesen, den Ehrenvorsth über- nommen hat.

In den letzten Monaten ist eifrig daran gearbeitet worden, die Organisation auszubauen und die Gesellschaft auf eine sichere finanzielle Grundlage zu stellen. Auch der Staat hat nicht unbedeutende Mittel zur Durchführung der Forschungsarbeiten zur Verfügung gestellt. So ist es möglich geworden, der Mitgliederversammlung ein be- deutend erweitertes Arbeitsprogramm vorzulegen. Die in Aussicht genommenen Forschungsarbeiten sollen sich neben den bereits im Vorjahre angebahnten Untersuchungen über Arbeitsvorgänge und Gerüste nunmehr auch auf die planvolle Durchforschung von Geräten, Baumaschinen und Transporteinrichtungen, Lehnbau u. ähnl., erstrecken.

Nach dem Bericht des Direktors der Gesellschaft über den Stand der Arbeiten wurden Arbeitsprogramm und Haushaltsplan genehmigt und die Gesellschaftsorgane ge- wählt. An führender Stelle werden nunmehr u. a. tätig sein: der Vorsitzende des Innungsverbandes Deutscher Baugewerksmeister, Architekt Oetrich-Berlin, der Vor- sitzende des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Basylow- Hamburg, der Vorsitzende des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands, Wieberg-Berlin, der Vor- sitzende des Reichsverbandes des Deutschen Tiefbaugewerbes E. B., Dr. M. Krause-Rehmer-Berlin; Geh. Ober- baurat Wellhoff als Vorsitzender des Arbeitsausschusses der Gesellschaft; von Männern der Wissenschaft: Prof. Dr. Ing. Schöffinger-Berlin, Prof. Dr. Ing. Probst-Karlruhe, Prof. Dr. Ing. Gehler-Dresden, Prof. von Hanffstengel- Berlin u. a. m.

In einem Schlusswort hat der Vorsitzende die An- wesenenden, auch an ihrem Teil dazu beizutragen, daß immer weitere Kreise sich der Gesellschaft anschließen. Die Zahl der am Gesellschaftszweck Mitarbeitenden kann nicht hoch genug sein. Je breiter die Grundlage ist, auf welche die Forschungsarbeit gestellt wird, um so be- friedigender wird das Ergebnis sein.

Verbandsnachrichten

Bezirk Baden-Württemberg. Am Sonntag, den 2. Mai, fand in Aulendorf eine Zahl- und Verwal- tungsstellenkonferenz für den Donaukreis statt. Alle Zahl- stellen, mit Ausnahme von Altingen, hatten Vertreter entsendet. Kollege Koch-Ulm eröffnete die Konferenz um 1/2 12 Uhr mit einer Begrüßungsansprache. Bezirksleiter Kollege Heinrich-Freiburg forderte die Kollegen auf, mög- lichst ruhig und sachlich zu verhandeln, damit wir mög- lichst schnell zum Ziel kommen. Abhandlungen wurden die an- wesenden Vertreter aufgefordert, ihre Wünsche und An- liegen vorzutragen. Köni wünschte eine intensivere Agitation von Seiten des Kollegen Koch und forderte Beschleunigung der Tarifverhandlungen, bei denen die dortigen Kollegen einen Stundenlohn von 5 M erreichen wollen. Die Verbindung zwischen den verschiedenen Orts- gruppen müsse eine engere werden. In Rislegg lassen sich die Kollegen nicht bewegen, sich zu organisieren. Leutkirch teilte mit, daß die dortigen Unternehmer die Forderungen anstandslos bewilligten. Der Vertreter sprach das Bedauern aus, daß die jüngeren Kollegen sich gar nicht an der Organisationsarbeit beteiligen wollen. Ochsenhausen wünscht einheitliche Regelung der Löhne. Leider gehe die Beschäftigung ihrem Ende entgegen. Die Bezirksleitung wurde aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß die von Staat und Gemeinde vorgegebenen Arbeiten in Angriff genommen werden. Kemmerer-Schwendi beklagte sich über die schlechte Behandlung der Zimmerer. Ferner teilte er mit, daß im nahen Dietenheim heute noch ein Stundenlohn von 2 M bezahlt werde, aber trotzdem finden die dortigen Kollegen den Weg zur Organisation nicht. Schwendi hat einen Stundenlohn von 3,70 M. Reiter- Schingen klagte darüber, daß sich so selten ein Vertreter des Verbandes sehen lasse. Er begründete eine Lohn- erhöhung damit, daß ein 2-Pfund-Lath-Drot heute schon 2 M kostet, ein Pfund Fleisch 5 M. Huber-Duchau führte Klage darüber, daß dort die ländlichen Kollegen ihre Kollegen in der Stadt bei Lohnbewegungen nicht unter- stützen und statt dessen noch billiger arbeiten. Die dortigen Arbeitgeber weigern sich, die Lohnzulage zu zahlen. Ries- lingen wünscht Anschluß an den Ulmer Vertrag. Die dortigen Bauarbeiter sind den Winter über mit Holzhaun beschäftigt und waren (der billigen Beiträge wegen) im Bauarbeiter-Verband und wollen dort auch bleiben. Kol- lege Heinrich trat dem scharf entgegen. Die längste Zeit des Jahres seien die Kollegen im Baubetrieb tätig, und deshalb gehörten sie auch in den Bauarbeiter-Verband. Erziele-Friedrichshafen bebauerte die Unlust der Kol- legen zur Mitarbeit. Durch treue Mitarbeit könnten noch viele Kollegen gewonnen werden, namentlich gilt dies für Altingen. GEFordert ist ein Stundenlohn von 6 M.

Am 22. Mai ist der einundzwanzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1920 fällig.

Wenn ich nun die Frage beantworten soll: Was kann geschehen, um den Verband besser vorwärts zu bringen?, so kann die Antwort für alle Teile des Bezirks nicht einheitlich sein. Die Agitation will in einem so aus- gedehnten Bezirk individuell, d. h. nach den jeweiligen örtlichen Verhältnissen, behandelt sein. Daher kann ich hier auch nur einige allgemeine Gesichtspunkte anführen. Muß die Agitation örtlich, von Fall zu Fall, an- gefaßt werden, so muß der Bezirksleiter mehr Zeit be- kommen, um die Agitation einzuleiten und wenigstens zu überwachen. Er muß daher mehr von Kleinarbeit und für einen Angestellten als Nebensächlichkeiten geltende Arbeiten entlastet werden. Das ist nur möglich, wenn in den Ortsgruppen mehr Selbstständigkeit, Ordnung und Pünkt- lichkeit einziehen. Es darf nicht vorkommen, daß An- weisungen, Anfragen, Rundschreiben usw. trotz drei- bis viermaliger Annahmung nicht erledigt werden. Die Zeit des Bezirksleiters ist als Arbeitskraft viel zu teuer, als daß sie mit den vielen Annahmungen und ähnlichen Formalitäten verbraucht werden dürfte.

Die berufenen Führer der Verwaltungsstellen, Ver- trauensmänner, Vorstandsmitglieder, Hauskassierer und Baudelegierten, müssen in der Agitation mehr leisten wie bisher. Aber auch alle Mitglieder müssen sich wieder bewußt werden, daß es ihre Pflicht ist, neue Mitglieder zu gewinnen. Allen den Kollegen, welche fragen, wie kommt es, daß wir nicht so gute Fortschritte gemacht haben wie andere Verbände, müssen wir antworten: „Weil du und viele andere nicht genügend neue Mitglieder ge- wonnen hast, weil ihr einige wenige eifrige Kollegen habt arbeiten lassen für eine Sache, die euch alle angeht.“ Ist die Beitragsfrage neu geregelt, müssen wir Mittel und Wege finden, um auch in unserem Bezirk die Agitation noch besser finanzieren zu können.

In weiten Kreisen unserer Mitglieder hat man längst erkannt, daß wir mit unseren jetzigen Beiträgen nichts leisten können. Es gibt in unserem Bezirk daher kaum eine Verwaltungsstelle, wo unsere Kollegen nicht schon jetzt höhere Beiträge zahlten, wie im Deutschen Bau- arbeiterverband. Die neue Beitragsregelung muß daher auch mit zur besseren Finanzierung der Agitation dienen. Wie, habe ich in meinen Vorschlägen für den Verbands- tag gesagt. Ich betone nochmals: Der in der Lokalfasse verbleibende Anteil hat schon immer mit dazu dienen sollen, die Agitation im Bereich der Verwaltungsstelle wie auch der näheren Umgebung zu fördern. Das geschieht aber am besten dadurch, daß beim Bezirksvorstand eine Kasse geschaffen wird; mit der die Agitation dort unter- stützt wird, wo sie im Augenblick den größten Erfolg verspricht.

Die Vorstände der einzelnen Verwaltungsstellen und Ortsgruppen müssen auch in ihren Nachbargebieten den Verband ausbreiten, auch auf diesem Gebiet ist viel vernachlässigt worden. Man muß mehr für alle Bau- berufe eintreten, insbesondere den Erdbauern mehr wie bisher unsere Aufmerksamkeit widmen.

Im Bezirk Hannover werden wir noch mehr wie bisher gewinnen können, das aber nur, wenn unsere örtlichen Vorstände nach jeder Richtung mitarbeiten, wenn die Hauskassierer pünktlich ihre Mitglieder bedienen, wenn alle Mitglieder sich bewußt werden, daß sie nicht nur zahlende Mitglieder, sondern tätige Mitarbeiter des Verbandes sein müssen, und wenn man dem Bezirks- vorstand mehr Mittel in die Hand gibt, um von Fall zu Fall die Agitation besser finanzieren zu können.

Handelt man in diesem Sinne, dann werden wir un- seren alten Stand, den wir fast wieder erreicht haben, weit überholen. B. Z u m b r o d.

Wirtschaftliche Bewegung

Reichstagsbericht für das Dachdeckergerwerbe

Bekanntlich haben die Vertreter der Dachpappenindustrie Einspruch dagegen erhoben, daß der Reichstari auch für die Arbeiter rechtsgültig sein soll, welche Dachdeckungs- arbeiten der Pappenindustrie ausführen. Am 11. Mai in eine Einigung zu erzielen, fand am 11. Mai im Reichsarbeits- ministerium eine Verhandlung zwischen den am Reichstari beteiligten Organisationen und den Vertretern der Dach- pappenindustrie statt. Trotz längerem Verhandeln konnte eine Einigung nicht erzielt werden, da die Vertreter der Dachpappenindustrie auf ihrem ablehnenden Standpunkte beharrten. Es wurde schließlich ein Schiedspruch bean- tragt.

Bezirk Königsberg.

Als außerordentliche Unterstützung für den Kampf der Bauarbeiter in Danzig wurde gesammelt in: Tapan 46,25 M., Dombrowien 163 M., Br. Hoffstein 108 M., Seeburg 292 M., Suttkehen 45,45 M., Landsberg 143,50 M., Wormditt 45,10 M., Meinel 15 M., Güttsdorf 152 M., Kurau 64 M., Prossitten 94,60 M., Heilsberg 96 M., Königsberg i. Pr. 221 M., Stegers 38,50 M., Braunsberg 23 M., Köffel 48 M., Fülltenwerder 210 M., Summa 1805,40 M.

Denjenigen Kollegen, welche durch ihre Opfermü- heit die Not der kämpfenden Kollegen in Danzig gemindert haben, herzlichen Dank. Leider haben sich einige größere Orte gar nicht und andere nur sehr spärlich an der Samm- lung beteiligt. Auf ihr Solidaritätsgefühl können diese Kollegen nicht besonders stolz sein.

Königsberg, den 14. Mai 1920.

Aug. Schönefels, Bezirksleiter.

Steigerung der Arbeitsleistung und der Mehrertrag der Arbeit kommt hier keinem Privatunternehmer mehr zu- gute, sondern den im Betriebe Beschäftigten und der All- gemeinheit. Für gute Arbeit und für ausreichenden Schutz aller im Betriebe Tätigen wird aber in einem sozial- lisierten Betrieb durch die aus den Arbeitern selbstbestehende und kontrollierte Betriebsverwaltung in ganz anderer Weise als im Betriebe des kapitalistischen Privat- unternehmers gesorgt. Das gilt sowohl für den ver- staatlichten und kommunalisierten wie für den nach dem Vorschlage Dr. Wagners organisierten Baubetrieb. Im übrigen ist ja die Arbeit aller Produktivgenossen- schaften, die eine Arbeit in Pauschquantum übernehmen, nichts anderes als eine bestimmte Art von Akordarbeit.“

Wie man in England dem Wohnungsmangel begegnet. In England ist die Wohnungsnot nicht weniger groß als in Deutschland. Um Abhilfe zu schaffen, kam am 12. Dezember 1919 das Gesetz für den Häuserbau zu- stande. Danach sollen innerhalb der nächsten drei Jahre 500 000 Häuser gebaut werden, deren Kosten auf 400 Millio- nen Pfund und Sterling berechnet sind. Für diese Häuser leistet die Regierung Zuschüsse die zwischen 130 und 180 Pfund Sterling für das Haus schwanken. Die durchschnittlichen Baukosten für ein Haus werden auf 800 Pfund Sterling herabgesetzt. Zur Beschaffung der Mittel ist ein großzügiger Propagandabeitrag für das Zeichnen von Wohnungs- bau-Obligationen, die mit 6 pCt. verzinst werden, eingeleitet worden. Bis zum September d. J. sollen die ersten 100 000 Häuser fertiggestellt sein.

Reichsverband deutscher Kirchenangestellten

(Christlich-nationale Gewerkschaft), Zentrale: München, Stern- straße 21/1. Diese jüngste christliche Gewerkschaftsorganisation dient der Wahrnehmung der Berufsinteressen der Kirchen- angestellten durch Anwendung der gewerkschaftlichen Mittel der Selbsthilfe sowie durch Einwirkung auf die Gesetzgebung Mittel zur Erreichung dieses Zweckes sind: a) Herbeiführung besserer Anstellungsbedingungen, insbesondere durch Ver- handlungen mit den Kirchenbehörden und durch den Abschluß von Tarifverträgen; b) statistische Erhebungen über die wirt- schaftliche und soziale Lage des Angestelltenstandes; c) Ein- wirkung auf die Gesetzgebung in Fragen der rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Stellung der Kirchenangehörigen in Reich, Staat und G. meinde; d) Vermittlung, Rechtsber- atung und Rechtsschutz bei Streitigkeiten aus dem Dienst- verhältnis; e) Herausgabe einer Verbandszeitschrift sowie Schaffung einer über die wirtschaftlichen, sozialen und recht- lichen Verhältnisse des Kirchenangestelltenstandes aufklärenden Zeitschrift; f) Abbezug aller, den Interessen des Angestellten- standes dienenden Bestrebungen Parteipolitische und kon- fessionelle Bestrebungen sind ausgeschlossen. Der Verband um- faßt die bei den christlichen Kirchen beschäftigten Angestellten, wie Messner, Küster, Kirchner, Offizianten, Kirchenglieder, Sakristane, Organisten, Choristen usw. Der Verbandsbeit- rag beträgt jährlich 24 M. Für solche unter 500 M. Jahres- einkommen 12 M.

Stimmen zur Agitation

Bezirk Hannover.

Der Bezirk Hannover hat seinen Friedensstand an Mitgliedern noch nicht wiedererreicht. Wenn man jedoch untersucht, welche Faktoren dabei mitgewirkt haben, wird man zu der Ueberzeugung kommen, daß es weniger an der Bezirksleitung, als an den Umständen und Verhält- nissen gelegen hat.

Der Beendigung des Krieges hatte die Revolutions- welle auch in den Kreisen unserer Kollegen zum Teil die Köpfe verwirrt. Dieser Umstand hinderte in der ersten Zeit eine erfolgreiche Arbeit zum Wiederaufbau des Ver- bandes. Sehr schnell jedoch zog bei unseren Mitgliedern Einsicht und Besonnenheit wieder ein. Die eigentümlichen wirtschaftlichen Verhältnisse des Bezirks haben einen Wiederaufbau in alter Höhe am meisten gehindert. In den Großstädten hatten wir fast nur Mitglieder, die aus Abwanderungsgebieten, vorwiegend vom Eichsfelde, in Norddeutschland auch aus Oberschlesien, stammten, zu ver- zeichnen. Die Kollegen aus Oberschlesien blieben ganz weg, da die veränderten politischen Verhältnisse sie an die Heimat fesselten. Vom Eichsfelde reisten nur wenige Kollegen ab. Sie wollten nach der langen Trennung von der Familie, die der Krieg ihnen auferlegt hatte, in der Heimat bleiben. Die politischen Unsicherheiten und vor allem die Ernährungs- und Logischwierigkeiten in den Großstädten verleidete ihnen das Abreisen. Hinzu kam der Umstand, daß in vielen Gegenden der Kollegen in der Heimat an der Eisenbahn, im Kalibergbau, in der Land- wirtschaft und vor allem in den Forsten lohnende Be- schäftigung geboten wurde. Sie wechselten also ihren Beruf, zum Teil ließen sie die Mitgliedschaft fallen, zum weitläufigsten Teil aber bilden sie heute den Stamm unserer christlichen Bruderverbände. Sehr viele Kollegen sind uns dann durch Tod und Verwundung entzogen worden.

Die Arbeitsgelegenheit war auch nicht so, daß sie die Entwidlung des Verbandes günstig hätte beeinflussen können. Materialmangel machte sich auch im vergangenen Jahre schon vielerorts bemerkbar.

Das Tiefbaugewerbe hat uns etwas Mitgliederzuwachs gebracht. Am Mittellandkanal wie am Bahnbau (Hlar- Schönhagen haben wir einen guten Stamm Mitglieder gewonnen. Im Verhältnis zu der Zahl der Beschäftigten müßte die Mitgliederzahl am Mittellandkanal größer sein. Aber wie immer bei solchen Arbeiten, so auch hier: Die Beschäftigten strömen aus allen möglichen Berufen (z. B. Seeleute) und Gegenden zusammen, wo die Vor- aussetzungen für unseren Verband vollständig fehlen.

Dann darf auch nicht verkannt werden, daß durch das heutige System der nie abbrechenden Lohnbewegungen die Kraft des Bezirksleiters für die Agitation zum er- heblichen Teil lahmgelagt ist.

